

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1901

29.1.1901 (No. 24)

Erzählt täglich mit Ausnahme
Sonn- und feiertags und löst
in Karlsruhe in's Haus gebracht
vierteljährlich 2 M. 60 Pfg.
(monatlich 55 Pfg., wenn in
der Expedition oder in den Agen-
turen abgeholt), durch die Post
bezogen vierteljährlich 3 M.
25 Pfg., mit Beleggeld 3 M. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit
entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Post-Verlags-Liste 855.

Samstags-Beilage:
Das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen“.

Telephon-Anschluß-Nr. 535.

Anzeigen: Die sechspaltige Zei-
tungs- oder deren Raum 20 Pfg.
Reklamen 50 Pfg. Bei öfterer
Wiederholung entsprechender Rabatt.
Inserate nehmen außer der Expe-
dition alle Annoncen-Bureau an.

Redaktion und Expedition:
Klosterstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

Nr. 24.

Dienstag, den 29. Januar

1901.

* Zur Organisten-Frage.

Wir haben bereits zwei Zuschriften aus den Kreisen
katholischer Lehrer-Organisten über diese Frage resp. über
die Stellungnahme der „Bad. Schulzeitung“ zu dem mehr-
erwähnten Erlass des Erzbischoflichen Kapitelvicariates
bekannt gegeben. Eine dritte lautet:
„Wer glauben wollte, die „Bad. Schulzeitung“ ver-
träte in ihrem Artikel zum § 38 in Nr. 2 die allgemeine
Stimmung unter den katholischen Lehrernorganisten
Badens, behände sich im Irrtum, und wenn etwa die Schrift-
leitung der „Schulzeitung“ selbst in dieser irigen Meinung
befangen ist, was wir aber nicht glauben, so dürfte diese
verweirliche Täuschung nicht zum mindesten von jenen
Lehrern verstanden sein, die stets die Angriffe der „Schul-
zeitung“ gegen die Kirche und mitunter auch gegen Schul-
behörden um des lieben Friedens und der Einigkeit willen,
rühlig hinnehmen, ohne jedoch mit denselben einverstanden
zu sein. Der Artikel in Nr. 2 „Zum § 38“ nützig aber
nicht doch, nachdem man erliest, welche Andeutung er
findet, zu einer Entgegnung aus Lehrerkreisen. Daß solche
Stimmen in der „Schulzeitung“ kein Gehör finden, ist
uns bekannt, und so bleibt kein anderer Weg offen, als
sich an politische Blätter zu wenden.“

Wir wollen voranschreiten, daß auch wir von dem
Organisten-Verband, wie auch von Verträgen, der festesten
Beziehung und der event. Erhebung durch Ortskirchen-
räte durchaus nicht voll befriedigt sind, daß wir aber
auch die Befriedigung gegen früher und den guten Willen
gerne anerkennen. Daß die „Schulzeitung“ mit dem Ver-
trag nicht einverstanden war, läßt sich denken. Allein
sie hätte ihren gegenständlichen Ansichten rühlig darlegen
können und nicht durch eine so verletzende Sprache, wie
sie in dem Artikel Nr. 2 geführt wird, zur Zerkleinerung
der ganzen Angelegenheit in eine Wahn- und Irrlehre, die zur
höchsten gegenseitigen Erbitterung führen muß. Ich will
mir an den wiederholt vorkommenden Ausdruck „Mutter-
Kirche“ erinnern, der in verächtlichem Tone gebraucht
ist. So arzet man nicht mit der obersten Behörde einer
Kirche, der man selbst angehört, selbst dann nicht, wenn
man mit ihren Anordnungen unzufrieden ist.

Wie deutet sich nun etwa die „Schulzeitung“ die Ver-
hältnisse, die sich in den Gemeinden bilden, wenn viele
Lehrer ihren Befehl, den Vertrag nicht zu unter-
zeichnen, befolgen würden? Wenn die „Schulzeitung“
die Grundgedanken kennt, die auf den Organisten-Verband
als liberalen Zeitungen erfolgten und die zweifellos von
Lehrern herrühren, so kann sie doch unmöglich dazu
kommen, solche Annahmen an die Lehrorganisten zu
stellen, wie sie es in Nr. 2 tut; denn alle diese
Stimmen sprechen sich doch mehr oder weniger an-
erkennend über den Organisten-Verband aus (s. B. „Konst.
Zeitung“, „Abbote“, „Dienstagliche Post“, der uneres
Wissens ein liberales und nicht ein Centrumsblatt ist,
wie in Nr. 3 der „Schulzeitung“ behauptet wird, u. a.).
Wenn man gar in Nr. 3 der „Schulzeitung“ aus der
höchsten Kirche der Pfalz die Drohung erhoben wird,
Lehrer, die etwa den Organistenvertrag unterschreiben,
in der „Schulzeitung“ feigenhaft wegen ihres Unzu-
dienlichens, sie also an den Pranger zu stellen, so kann
man doch solches nicht mehr rühlig hinnehmen. Wohin
kamen wir, wenn jede unserer Handlungen als katho-
lische Lehrer unter die Censur der „Schulzeitung“ gestellt
würde. Daß katholische Lehrer auch in Baden katholisch
denken, fühlen und handeln dürfen, wird doch die
„Schulzeitung“ gnädigst gestatten. Solche Annahmen,
wie sie in Nr. 2 und 3 der „Schulzeitung“ gestellt
werden, müssen wir mit aller Bestimmtheit zurückweisen.
In das die gewöhnliche Literatur, die bei jeder passenden

und unpassenden Gelegenheit das Wort im Munde
führt: „Im Notwendigen Einigkeit, im Zweifelshaften
Freiheit, in Altem aber die Liebe“?
Eine vierte Zuschrift, von einem katholischen Lehrer,
der in einer Schwarzwaldbahn angeheilt ist, lautet:
„Sehr geehrte Redaktion!

Der Artikel in Nr. 17 des „Bad. Beobachter“ vom
20. Januar über die Organisten-Frage veranlaßt mich,
Ihnen beifolgend Einiges zu dieser Frage zu schreiben
und um gefällige Aufnahme in den „Beobachter“ zu
bitten.
Sie werden vielleicht überrascht sein, daß der Schul-
zeitungsartikel in Nr. 2 bisher aus Lehrerkreisen keine
Entgegnung fand, wodurch man etwa auf den Gedanken
kommen könnte, die ganze Lehrerschaft theile die An-
sichten der „Schulzeitung“. Nechliche Meinungen hätten
sich auch schon bei früheren Auslassungen der „Schul-
zeitung“ über andere Punkte bilden können.
Dem ist jedoch nicht so. Die ruhigen Kollegen scheinen
sich förmlich mit der „Schulzeitung“ in Einklang zu
kommen. Ruhige Aeußerungen finden in der „Schul-
zeitung“ keine Aufnahme und an andere Blätter will man
sich so leicht nicht wenden. Auch die Berufsgesellschaften
die sich vor der nicht abzuwendenden Aufregung
hindern Manche, den Kampf- und Schimpfartikeln ent-
gegenzutreten. Daß aber die Wirklichkeit die Auffassungen
der „Schulzeitung“ oft ärgert, weiß Jeder, der die
Lehrer einigermassen kennt. Ich will z. B. nur auf das
gute Verhältnis zwischen Geistlichen und Lehrern hin-
weisen, das doch in der übertriebenen Mehrzahl besteht.
Würden die Lehrer nach den Maximen der „Schulzeitung“
gehen, so müßte ewiger Kampf herrschen.

Daß in der vorliegenden Frage bisher die katholischen
Lehrer zurückblieben, hat wohl folgenden Grund. Tatsäch-
lich befreit der Organisten-Vertrag nicht voll. Selbst
Geistliche sind unzufrieden, was ich ganz bestimmt weiß.
Seit mehr als zwanzig Jahren haben die Lehrer sich um
kirchlichen Gehalt und Organisten-Dienst manche Verdienste
erworben. Ich will nur erinnern an die Einführung des
säkularisierten Gehalts, des „Magnificat“, an Orgel-
und Choraltäre, Kirchenorgelwerke u. a., wobei jeweils
die Lehrer in den weitaus meisten Fällen willig mit-
wirkten und auch Vieles zum Erfolg beitrugen, meistens
ohne eine genügende Bezahlung. Nun haben schon die
100 M. von 1894 verfallen, und man hat an ihrer
Festsetzung der Kirche einige Schuld gegeben, ob mit
Grund, weiß ich nicht. In neuen Organisten-Vertrag
und Vertrag sind es besonders die Unklarheit in Bezug auf
den § 38, ob ihn die Kirche fallen läßt oder nicht, ferner
die bei der Gehaltsveränderung notwendig werdende Kirchen-
steuer, die, wenn sie um des Organisten willen eingeführt
würde, seine Stellung in der Gemeinde sicher nicht an-
genehmer machen würde, die nicht gefallen. Von einigen
Vorfällen an der Formulierung des Vertrages will ich
absehen. — Wir haben z. B. hier oben 80 Pfg. bis
1.50 M. Umlagen. Da hätte man andere Quellen
finden müssen. Eine Erhöhung ist aber unbestritten not-
wendig. Mein Organisten-Dienst trägt z. B. 100 M. an.
Ich habe 1/4 Stunde zur Kirche und muß diesen Weg
wöchentlich wenigstens drei Mal, oft aber auch 6-8 Mal
machen. Dazu schwierige Verhältnisse für die Probe.
Die Schule zählt 70-90 Schüler. Um sie einigermassen
in der Höhe zu halten, muß oft die durch den Organisten-
dienst verursachte Störung mit doppeltem Eifer gut
gemacht werden. So liegt aber die Sache in vielen Fällen.
Wozu das Verhältnis zwischen dem Geistlichen und
Lehrer nicht, wie wir es hier gottlos haben, ein sehr
gutes ist, können die Schwierigkeiten bei jeder Gelegen-
heit sich mehrmals. Nun werden Sie begreifen, daß der

Erlass den Erwartungen nicht ganz entsprach. Dieser
Eindruck war wohl auch schuld, daß kein Lehrer bisher
gegen die „Schulzeitung“ auftrat; denn tatsächlich sind
die Organisten in gewissem Grade enttäuscht. Der
„Schulzeitung“ aber hat diese Stimmung gerade den
günstigen Boden für ihre aufregenden Angriffe gegeben.
Wir glauben richtig zu handeln, wenn wir nicht die
geringste Veränderung an diesen Zuschriften vornahmen.
Gestoßenermaßen wir vorerst auf jegliche Glossierung ver-
zichten.

* Fürsorge für die Kriegsinvaliden betr.

Ueber diese Angelegenheit läßt sich die „Konst. Ztg.“
folgendermaßen vernehmen:

„Unsern Kriegsinvaliden soll endlich von Reichswegen
besser geholfen werden, als es bisher geschah — der Reichs-
kanzler hat das Bewußt sein persönlicher Verantwortlich-
keit eingeleitet. Das klingt doch anders als die verlegenen
Rückfälle der Herren v. Cospier und v. Tschirner, die
sich abwechselnd hinter finanziellen Erwägungen verstan-
den. Als ob dergleichen Rücksichten überhaupt in Frage kommen
könnten, wenn es sich um die Entlohnung von Grenzsoldaten
handelt und wenn das Reich 300 Millionen und mehr für
seinen Handel in China opfert. Es hat Jahre lang ge-
dauert, bis die Bestimmungen vom Kaiserlichen Volksvertreter,
vor allem des Grafen Oriola aus Venedig, der wider-
strebenden Fiskalität Herr wurden, die die Selbsteigenschaft
des Gehalts nur sehr unvollkommen kennt, und es bedürfte aus-
sichend erst der statistischen Veredelung und ihrer Folgen
für den Invalidenfonds, um den Negierenden die unieren
den Kriegern angebotene Vermehrung recht klar zu machen.
In Italien ausgebreitet, ist die schuldige Verweisung des Reichs
Leitungsorgans, verständigend jedoch im Vergleich mit
anderen Völkern, die das Reich der Gegenwart seiner
erst mit Hilfe der jetzigen Invaliden erlangenen Stellung
schuldet. Was will es da belangen, wenn auf dem Wege
zur dritten Milliarde — der unsere Reichsstände unanfecht-
bar entgegensteht — einige Millionen für hilfsbedürftige
Veteranen abfallen, zumal ja das Reich keine Bedürfnisse
an dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Militär-
umlagen-Erhöhung bei den Einzelstaaten jederzeit beden-
ken? Und die einschläglichen Budgets sind ja zum guten
Teil so reichlich gesiegt, daß sie dem Reichsminister
vermehrte Ausgaben zuführen können, auch bei anderen Ge-
legenheiten ist man im Fortdauern nicht zimperlich ge-
wesen. Aus Graf Oriola's Zulage entnehmen wir mit
Genugtuung, daß ein früherer Zug durch die Fenster des
Reichshauses wohl, daß ein energischer Wille da ist, den
rechten Weg zu finden, und das ist viel wert. So können
wir hoffen, daß der „Reichsminister“ die sich durch
manche Hinterlist einfindlichen will, der Mittel vorgehalten
wird, daß vor allem der Herr Finanzminister nicht mehr allein
regiert, sondern sich die Unterstützung anderer gleichberechtigter
Faktoren gefallen läßt. Dann kann Manches besser werden!“

Wahrhaftig sollte Reichskanzler Graf Bismarck am Donner-
stag den Kriegsinvaliden der Feldzüge von 1864, 1866 und
1870 dieselben Bezüge in Aussicht stellen, welche invaliden China-
kämpfern und im Falle des Todes ihren Hinterbliebenen
zugewilligt werden sollen. Diese Verordnung erfolgt auf
Grund des Schuttruppengesetzes von 1896. Außer den dort
festgesetzten Bezügen erhalten die Hinterbliebenen von China-
kämpfern, einschließlich der dort verwendeten Marine-
schaften und Verwaltungsbeamten, noch besondere Zuschläge
und zwar die Witwe eines Hauptmanns oder Subaltern-
offiziers 300 M., eines Feldwebels 126 M., eines Unter-
offiziers 348 M., eines Gemeinen 270 M., außerdem jedes
baterische Kind eines Soldaten vom Feldwebel an 42 M.
und jedes elterliche Kind 60 M., endlich Vater oder Groß-
vater und die Mutter oder Großmutter je 124 M. Bei den
Söhnen, Eltern oder Großeltern je 312 M. Bei den
entsprechenden Beträge ein wenig höher (50, 75 und 300 M.).
Im Ganzen erhält die Witwe eines Feldwebels jährlich
750 M., ein vaterloses Kind 168 M. und ein elterliches
Kind 240 M.; für Unteroffiziere sind die Eltern 600 M.,
168 M. und 240 M., für Gemeine 450 M., 168 M. und
240 M. Vater oder Großvater, Mutter oder Großmutter

erhalten im Ganzen je 250 M. (bei Offizieren 450 M.)
Gegenüber dem Reichsinvalidengesetz von 1871 gewährt das
Schuttruppengesetz von 1896 erhöhte Pensionen. Nach ihm
erhalten Feldwebel (bisher 196 M.) mindestens 500 M.,
Sergeanten (324 M.) und Unteroffiziere (288 M.) mindestens
400 M., Gemeine (252 M.) mindestens 350 oder 300 M.
Außerdem beläuft sich die Kriegsauslage für die Pensionäre
nach dem Schuttruppengesetz auf 300 M., nach dem Reichs-
invalidengesetz nur auf 108 M. Für die zur Zeit in
Italien stehenden Truppen erfordert nach diesen Grundzügen
die Verorgung der Invaliden und der Hinterbliebenen bei
der Annahme, daß 10 pSt. der Stoffstärke dienunfähig
werden, jährlich 3,74 Millionen M.; (22 für die Land-
truppen und 1,54 für die Marine); das sind 1,46 Millionen
mehr, als auf Grund des Reichsinvalidengesetzes anzu-
bringen wäre.

In der Budgetkommission des Reichstags haben beim
Etat des Reichsinvalidenfonds Graf Oriola (nat.-lib.) und
Müller-Pulda (Centr.) beantragt, zu Beihilfen an hilfs-
bedürftiger Kriegsteilnehmer von 1870 hat 4,080,000 M.
4,500,000 M. den Bundesstaaten und dem Reichsland
Gefahr-Vorbringen zugewiesen. Damit würde manchen invaliden
Veteranen eine Aufbesserung zu Teil, aber dauernd und
sicher wird diese erst, wenn die Verorgung der zu Schaden
gekommenen Ginalkämpfer auch für Invaliden früherer Feld-
züge Gesetzeskraft erhält.“

Man kann sich nur freuen, wenn endlich eine bessere
Fürsorge für die hilfsbedürftigen Kriegs-Veteranen Platz
greift. Die Umstände, unter denen es förmlich erzwungen
werden mußte, geben der Sache einen bitteren Bei-
geschmack, den man leicht hätte vermeiden können und unter
allen Umständen auch hätte vermeiden sollen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 26. Januar.

Präsident Graf Ballestrero eröffnet die Sitzung am
1 Uhr 20 Min. Das Haus ist schwach besetzt.

In der fortgesetzten Etatsberatung des Reichs-
amtes des Innern führt der Finanz- und Reichs-
sekretär Hake (Centr.) gegenüber dem Abg. v. Ballar
aus, daß die Centrumpartei thatsächlich nicht identisch mit
dem Katholizismus sei. Strenggläubige, bedeutende ewange-
lische Männer hätten ihr nahegestanden. Die Socialdemokratie
könne keinen gläubigen Katholiken, Evangelischen oder auch
nur Juden anführen, der sich in ihr wohl fühle. Dem Aus-
spruch: „Religion ist Privatsache“ siehe der programmatische
Satz Bebel's gegenüber: „Der Himmel überhoben wir den
Engeln und den Spagen!“ Die evangelischen und katholischen
Arbeitervereine gingen mit den christlichen Gewerkschaften
in Hand. Der Erzbischof von Freiburg habe erklärt, er habe
niemals gegen letztere etwas feindseliges sagen wollen.

Abg. Stadthagen (Soz.) meint, die Socialdemokratie
habe genug damit zu thun, den Arbeitern hier auf Erden
Brod zu schaffen, und kümmere sich deshalb als Partei nicht
um den Himmel. Der erste socialdemokratische Minister,
Müllerand, habe seit er im Amt sei, schon eine ganze Reihe
den Arbeitern nützliche Maßnahmen durchgeführt. In Deutsch-
land hätten wir für die Arbeiter noch kein Streikrecht;
das vorhandene Stückchen sei von der Polizei und den Ge-
richtern unterbunden und werde gelegentlich gesteuert durch
Arbeitsverträge, welche die Herren des Centralverbandes,
der Bund der Industriellen und die kleinen Meister ihren
Arbeitern aufdrängen. Ganz ungeheuerlich sei es, daß die Be-
tragsgenossenschaften als solche dem Centralverbande beige-
treten seien. Die Klagen über die Betragsgenossenschaften
würden weniger zahlreich, wenn das Centrum bei Abschaffung
des Gesetzes handhaft gesehe. Die Stimmis der Unterzeichner
der Unternehmervereine. Die Stimmis der Unterzeichner
verbände brüsten sich damit, den Minister „kein bekommen“
zu haben. Gegen solche Mächte des Unrechts müsse die
Regierung energisch Front machen.

Abg. Erdler (fraktionlos) führt aus, daß die Religion
ihrer Natur nach gar keine Privatsache sei. Sie ist eine
gemeinschaftliche Sache. Bebel habe unter stürmischen Beifall
seiner Genossen gesagt: „Republikanismus, Kommunismus
und Atheismus sind unsere Ziele.“ Die Socialde ist kein

Kirchliche Nachrichten.

Rom. Laut der neuen Hierarchie gehören zu den Hoch-
würdigkeiten der katholischen Kirche gegenwärtig 66 Kar-
dinalen, 11 Patriarchen, 75 Bischöfe, 100 Weihbischöfe und
Bischöfe, 49 Erzbischöfe und Bischöfe orientalischer Ritus,
107 Titularbischöfe, 7 Erzbischöfe und Bischöfe ohne Sitz,
10 Prälaten, 100000 Mönche, im Ausland befinden drei
apostolische Delegationen, 61 Missionare und 24 apostolische
Prälaten. Der Papst ernannte zu Stelle des verstorbenen
Fürsten Paolo Altieri als Oberstkommandierenden der Nibel-
arden den Fürsten Don Camillo Caspary, welchem
Gesandtschafts Generaln. (1867-1868) angehört hat. Don
Caspary, am 15. Oktober 1850 geboren, vermählte sich mit
Donna Helena, einer Tochter des Fürsten von Sardinien, trat
am 17. Jahren in das päpstliche Seminar ein und war in eine
Verhandlung eines Militärregiments, wurde am 5. Febr.
1870 zum Leutnant befördert, und nahm am 20. September
desselben Jahres an der Verteidigung der Porta San
Giovanni teil.

Ueber die im Konistorium vom nächsten März an-
zunehmenden Kardinalen lauten wieder die verschiedensten
Gerüchte in den Zeitungen auf, die mehr oder minder mit
Vorbehalt anzunehmen sind. Außer den schon früher ge-
nannten Kandidaten des H. Kollegiums wird neuerdings der
Name des apostolischen Delegaten in Washington, Monsignor
Martini, erwähnt. Diese Nachricht klingt nicht unwahr-
scheinlich, da der Prälat persona gratissima im Vatikan ist;
seine Wahl würde eine Genugthuung für den Orden der
Dominikaner Augustiner sein, die schon lange einen Kar-
dinalen für eines ihrer Mitglieder beanspruchen. Erhöht
Mig. Martini den Bispurpur, dann würde die Möglichkeit
handen, daß er durch Prälat Falconio, den jetzigen apo-
stolischen Delegaten in Kanada, ersetzt wird.

Mitglied brachte die Blätter eine dem „Oberbater“
entnommene Notiz, nach welcher der heilige
Vater in abgelaufenen Jubiläumsjahre an die Armen
Roms 35,500 Lire habe verteilen lassen. Seitens des
apostolischen Großalmoseners wird der „Oberbater“ be-
richtet, daß die erwähnte Summe sich nur auf das heilige
Jubiläum bezieht, und da sind noch weitere
24,000 Lire für Beamte und Militärs bzw. Hinterbliebenen
derselben hinzuzurechnen. Die Gesamtsumme, die der
heilige Vater während des vergangenen Jahres 1900 für
die Armen Roms spendete, belief sich nach Mitteilung
des Großalmoseners auf 367,575 Lire. In dieser hohen
Summe ist noch nicht eingerechnet: der jährliche Betrag zur
Erhaltung von neun Waisenanstalten, zweier Anstalten für

Zum Silberjubiläum der Görres- Gesellschaft

Am Sonntag vor dem Jubiläumstage (25. Januar 1901)
eine geschmackvoll ausgestattete Denkschrift erschienen:
„Die Görres-Gesellschaft 1876-1901. Denkschrift zur
Feier ihres hundertjährigen Bestehens nebst
Adressenverzeichnis für 1900.“ Von Dr. Hermann Garbanns,
Generalsekretär der Görres-Gesellschaft. Köln, 1901.
Generalversammlung von J. B. Bachem, welche allen
Mitgliedern und Teilnehmern der Görres-Gesellschaft
als Festgabe zugedacht wurde und auch sonst ihr heftig-
lich noch recht viele jener „Freunde und Gönner“ werden
wird, denen sie zugeeignet ist. Auf Grund der seit 1876
regelmäßig erschienenen Jahresberichte und altemässigen
Materialien zeichnet sie ein Bild dessen, was die Gesell-
schaft während der ersten 25 Jahre ihres Bestehens
erreicht und erreicht hat, als Zeichen dankbarer Erinne-
rung an die Toten, als Mahnung an die Lebenden,
ihre Bestrebungen, eifrig, hingebend, in „Eintracht
und Liebe“

Der erste Abschnitt schildert selbstverständlich die
Gründung der „Gesellschaft“, die erste Anregung, die
wahrheitsliebend von Domdechant Heinrich ansgangenen ist,
die erste Predigt des Planes in Moladese (Centr.)
temler (1876), die weiteren vorbereitenden Schritte
(wobei eine Reihe interessanter, bisher ungedruckter
Belege von verstorbenen deutschen Bischöfen mitgeteilt
wird), die Koblenzer Gedächtnisfeier zum 100. Jahres-
tag der Geburt Joseph's von Görres (25. Januar 1876),
bei welcher Gelegenheit die Konstituierung erfolgte, und
die erste Generalversammlung zu Frankfurt a. M.
(6. Juni 1876). Nicht ohne Begehren kann man
(S. 10) die lange Liste der seitdem Verstorbenen lesen,
die bei den Anfängen der Gesellschaft mitwirkten. Von
den neun ersten Mitgliedern des Ehrenpräsidiums lebt
nur noch ein einziges, während von den fünf ersten
Mitgliedern des Verwaltungsausschusses nur eines

*) Professor Freiherr v. Herting, der seit 25 Jahren
amtierend die Präsidentschaft führt, Generalsekretär
Oberbater a. D. Konstantin (P.), Professor Sinar,
heute Erzbischof von Köln, Justizrat Dr. Jul. Bachem und
Sanktärz Dr. Sogmann.

gestorben ist, von den ersten Mitgliedern der Sektions-
vorstände dagegen über die Hälfte. Todt sind außer
vielen Anderen Kardinal Deegener, Weihbischof
Baudri, Bischof Daffner, Domdechant Heinrich, die Hof-
räthe v. Arnolds und v. Bus, die Professoren Alzog,
Walter, v. Ningsels, Heis, Schwab, Schneid, Prälat
Janßen, Sanktärz Kapellmann, die Pfarer Bels-
brodt, Mingenberger, Matthes, Regens, Kaufmann, Dom-
kapitular Gerlach, Oberbürgermeister Rouffand. Ob
ist auf den Generalversammlungen in besonderem Maß-
stab vielwörtig hervorgerufen Mitglieder gedacht worden,
so abgehen von bereits Genannten, des Erzbischofs
Kopp, des Bischofs v. Hefele, der Professoren Heltner,
Scheeben, K. A. Löffler, Ludwig Windthorst's, des
Historikers Dietam und des ersten Redakteurs des
Staatslexikons, Dr. Bröder.

Die folgenden beiden Kapitel schildern die äußere Ent-
wicklung der Gesellschaft und die Tätigkeit der einzelnen
Sektionen; dann werden in drei weiteren Abschnitten die
beiden großen periodischen Veröffentlichungen (das histo-
rische und das philosophische Jahrbuch), sowie das jetzt in
weiter Auflage erscheinende fünfändige Staatslexikon be-
handelt; die drei letzten Kapitel unterrichten über die archi-
valischen Forschungen und das für dieselben gegründete
Münchener Institut, aus dessen Arbeiten bereits acht Bände
der Quellen und Forschungen aus dem Gebiete der Ge-
schichte und neuerdings der erste Band der sehr umfassend
angelegten Akten des Tridentiner Konzils hervorgegangen
sind, über die Verzeichnisse und Publikationen im Auf-
trag der Gesellschaft, endlich über sonstige Publikationen
und Sitzungen. Vielen Freunden der Wissenschaft werden
die Verzeichnisse der auf den Generalversammlungen, sei
es in den allgemeinen wissenschaftlichen, sei es in den
Sektionsversammlungen gehaltenen Vorträge, der größeren Auf-
sätze in den beiden Jahrbüchern und die nach Disziplinen
geordnete Uebersicht der kleineren Verzeichnisse will-
kommen sein. Besonders beachtenswert ist die program-
matische Kundgebungen an den Generalversammlungen,
die Beziehungen zu anderen wissenschaftlichen Gesellschaften
und Veranstaltungen und die Bemühungen für jungen
Nachwuchs an den deutschen Hochschulen.

So entsteht ein Gesamtbild dieser ein Dreizehn-
hundert umspannenden Tätigkeit, in dem wesentliche

Jahre kaum fehlen werden. Einige statistische Notizen
mögen eine Vorstellung von der Summe der geleisteten
Arbeit und der aufgewendeten Mittel geben. Abgesehen
von den großen bündelreichen Unternehmungen sind annähernd
100 Bücher und kleinere Schriften von der Gesellschaft
oder mit ihrer Unterstützung veröffentlicht worden; allein
in den ersten zehn Jahren wurden fast 200,000 Mark
verwendet, in den letzten 15 Jahren abnutzt und verhält-
nismäßig noch weit größere Summen, so daß trotz der
steigenden Mitgliederzahl (gegenwärtig fast 3000 nicht
nähely 800 Theilmeyern) der bis gegen 50,000 Mark
angewachsene Vermögensstand nicht behauptet werden
konnte.

Die Denkschrift hält sich frei von panegyrischen An-
wandlungen, liberal verbindet sich mit der Nüchternheit auf
das Geleistete der Blick auf das ungleich Größere, was
noch zu erreichen ist, und mannde erste, auch unbedeute-
Wahrheit kommt offen zum Ausdruck, namentlich in dem
Schlußwort. Dort wird erinnert an den Zusammenbruch
des Jahrhundertwende von 1800, der unter den
Ertrümmern des alten Reiches, in erster Linie seiner geist-
lichen Territorien, so viele katholische Bildungsmächte
begabten, den katholischen Volksteil Deutschlands politisch,
rechtlich, ökonomisch und intellektuell so furchtbar geschädigt
und ruhmlos gelassen hat, deren Nachwirkungen heute
noch sichtbar sind.

Der beigefügte kurze Jahresbericht für 1900 stellt einen
erheblichen Anstieg des Vermögens (von rund 40,000
auf rund 34,000 Mark) fest. Das beruht nicht auf einem
Anstieg der Mitgliederzahl, die vielmehr noch gewachsen
ist, oder der Einnahme (41,306 Mark), sondern auf den
durch die starken Bewilligungen der letzten Jahre ge-
steigerten Ausgaben (47,583 Mark). Gelegenheitlich wird
erwähnt, daß die Vermögensvermehrung durch außer-
gewöhnliche Zuwendungen schon wieder ausgeglichen sei,
die aber, weil aus Anlaß des bevorstehenden Jubiläums
erfolgt ist. Jahresberichte und noch nicht verzeichnet sind.
Mögen diese Zeiten und die Denkschrift selbst für Freunde
der Wissenschaft und ihrer Verwirklichung im katholischen
Deutschland ein kräftiger Antrieb sein, bis zur Feier des
Jubiläums selbst (vorausichtlich in der Pfingstwoche) die
Zahl der einfachen, der lebenslänglichen und Ehrenmit-
glieder noch erheblich zu steigern.

Hohe Wagenfrage. Sie entspringt dem Gemeinwohl. Sie ist eine Herzens- und Geistesfrage. Der brutale Egoismus der Socialdemokratie ist kulturfeindlich. Er sperrt die Arbeiter durch fortwährendes Betonen des Klassenhasses ab und macht sie schlicht. Die Socialdemokratie ist für die Fortführung der sozialen Reformen direkt schädlich. Die christlichen Gewerkschaften gehen ihren eigenen Weg, weil sie die ethischen Ziele nicht entbehren wollen. Die Abkehr des Gewerkschaftsbundes, hohe Politik treiben zu wollen, ist ebenso verwerflich wie die anlässlich des Bundesfestes; aber wenn die Socialdemokratie die nationalen Feste so führt, wie am 18. Januar geschehen ist, kann sie sich nicht wundern, wenn sich das Wohlwollen von ihnen abwendet. Einmal grundmeineres und elchakteres als die Nummer des Vorwärts vom 18. Januar habe ich nicht erlebt (Kunze: Schletterhaufenbrief). Wegen des Schletterhaufenbriefes habe ich ein sehr ruhiges Gewissen; aber denken Sie an den von Weibel erstundenen Luderbrief. (Kunze links: Höhe!) Weibel schließt mit einem Appell an die gebildeten Klassen, sich mehr als bisher um die Arbeitervereine zu kümmern.

Abg. Reichaus (Soz.): Die Behauptung, Weibel habe den Luderbrief erstunden, steht auf derselben Höhe, wie Siders bekannter Brief. (Kunze rechts: Bringen Sie ihn doch vor!) Dazu habe ich keine Veranlassung. (Kunze rechts: Ah!) Die Vorwärtsnummer vom 18. Januar enthält nur falsche Tatsachen. Weibel befragt hierauf eingehend die Arbeitsverhältnisse in der Spielwarenindustrie in Sachsen-Meiningen, die Verhältnisse der langen Arbeitszeiten und die Kinderarbeit.

Abg. Dertel (Soz.): Auch wir betrachten die ganze Zusammenkunft vom Vorwärts am 18. ds., die der sachlichen Milderung der Hochnotizen nicht gedenkt, für höchst gemein. Die socialdemokratischen Abgeordneten bringen manche Mißstände vor, die abzuheben wir sehr wohl sind, die aber meist so maßlos übertrieben werden, daß sie der von ihnen vertretenen Sache schaden. Dem Abg. Fritzsche brachte ich nach der dankenswerten Erklärung, welche der Reichstanzler vor einigen Stunden im Abgeordnetenhause abgegeben hat, nichts mehr zu erwidern. Der Grundgedanke der Resolution Müllers-Fischer betr. eine Centralausstellung ist zu billigen; aber die Landwirtschaft möchten wir davon ausgeschlossen wissen, da sie genügend Informationsstellen über Exportfragen besitzt. Ich bin für die Koalitionsfreiheit, wie sie derzeit besteht; viele meiner Freunde würden aber eine Veränderung derselben nicht wünschen, wenn nicht verbindlich wird, daß Koalitionsfreiheit in Koalitionsfreiheit ausartet und von einer Partei ausgenutzt wird, die sich außer der Berufung stellt.

Abg. Siemens (Soz.): Ich komme auf die gestrigen Ausführungen des Abg. Camp zurück und beklage, daß durch die Zulassung fremder Anseher die allgemeine Lage geschädigt werde. Wenn Deutschland Weltmarkt treiben wolle, solle man doch keine Politik treiben, die eine Weltmarkt aus Furcht sei. Weibel widerpricht der gestrigen Rede des Reichstanzlers, besonders der kleinen, und produziert weniger Getreide, als wir brauchen und werden niemals in der Lage sein, unseren Bedarf durch einheimische Produktion zu decken; deshalb habe diese Frage unbestritten aufgeführt, eine internationale zu sein. An der Rententheil und die Agrarier selbst schuld. Höhere Getreidepreise schaden der Landwirtschaft, besonders der kleinen, und schaffen einen Krieg aller gegen alle. (Lachen rechts.) Die Getreidepreise haben einen schmerzlichen Rückgang unserer Landwirtschaft zur Folge gehabt. (Lachen rechts, Zustimmung links.) Das Land hat kein ökonomisches Interesse daran, ob ein Großgrundbesitzer oder ein kleiner Bauer Getreide baut. Politisch kann es von großem Nutzen sein, deren ohne unsere Beamten und Offiziere werden, aber es ist eine große Frage, ob die Erhaltung und Stärkung einer solchen Klasse werth ist, daß dem Lande dafür eine Abgabe von 50 pCt. auf sämtliche Lebensmittel aufgelegt wird, denn das bedeutet die Erhebung der Getreidepreise. (Beifall links.)

Präsident Graf v. Helldorf: Der Herr Redner hat, wenn auch in maßvoller und lebenswürdiger Form meine Geschäftsführung hier bemängelt. Er begriff nicht, wie ich finden konnte, daß beim Gehalt des Staatssekretärs über Fragen gesprochen würde, die gar nicht im Zusammenhang damit ständen. Seine lebenswürdige und maßvolle Form veranlaßt mich, zu meiner Verteidigung etwas zu sagen. (Beifall links.) Ich gehöre diesem hohen Hause mit kurzer Unterbrechung seit bald 30 Jahren an, und ich habe immer unter allen Rednern die Praxis befolgt, daß man bei diesem Titel alle Fragen und alle Sachen besprochen hat, die mit dem Reichsamt des Innern in irgend einer Beziehung stehen; und da ich meinerseits kaum eine Frage oder Sache kenne, die mit dem Reichsamt des Innern nicht in irgend einer Beziehung steht (große Heiterkeit), so kann ich die Diskussion nicht einschränken. Wenn die Herren sie selbst einschränken wollten, würden Sie mir den größten Gefallen thun. (Erneute Heiterkeit.)

und der Bewahrung von S. Clemente und Crescenzio, welche ausschließlich vom Heiligen Vater unterhalten werden, noch die Ausgaben für Medizin und Unterhaltungen, die in Castel Gandolfo, dessen Schloß bekanntlich laut dem sog. Garantiengeld noch als „päpstliches Territorium“ gilt, zur Bestimmung kamen.

Theaterkonzerte, Kunst und Wissenschaft.

Karlsruhe, 27. Januar.
v. St. Groß. Volkstheater. In Figaros Hochzeit gefiehlte gestern abends Fräulein Margarethe Koch vom Stadttheater in Nürnberg, welche sich schon als „Berline“ in „Fra Diavolo“ gut eingeführt hatte. Ihre Leistung als „Pape Cherubin“ bedeutet für sie einen Erfolg; sie sang, einige Stabilitäts-Manieren, die man hier nicht gewohnt ist, abgerechnet, die erste, hauptsächlich aber die Art, die ihr die Liebe des Herzens fennst; sehr innig, mit Ausdruck und schöner Phrasierung, ihr etwas dunkel gefärbter Timbre ist bei einer Soubrette etwas seltenes, klingt aber gut, und ist die Stimme in allen Registern ebenmäßig ausgeglichen. Ihre Erscheinung war eine recht gefällige und lebenswürdige, die Dame hat Temperament, sie spielte anmutig, mit Geist und Verstand und wußte sich dadurch die Gunst des Publikums zu erwirken, das ihr gerne Beifall zollte. Wir halten die Dame nach Fräulein Nos für die geeignetste, das hier bekannt werdende Fach unserer Soubrette anzufüllen. Die übrigen Leistungen sind zur Genüge bekannt. Frau Mottl sang die „Zusamme“ allerliebst, ihr weichen, schönen Stimmmittel haben sie quasi zur Mozartfängerin prädestiniert; über die Darstellung des munteren schalkhaften Bräutigams des verjüngten „Figaro“ haben wir, wie schon früher erwähnt, Ansehen, welche mit der Wiedergabe dieser Rolle durch Frau Mottl in jeder Beziehung kollidieren. Die Herren Jäger („Graf“), Keller („Figaro“), Fräulein Tomjisch („Gräfin“) und die Uebrigen verhalten dem Ensemble unter Mottl's Leitung zu einem Erfolge. Der „Barolo“ des Herrn Schaarjchmidt blieb sinnlich öfters den Wohlklang schuldig, griff aber sonst ziemlich befriedigend ein. Der orchestrale Theil dieses herrlichen Werkes kommt immer, bei jeder Aufführung unter Herrn Mottl, in seiner Nuancierung zur Geltung; was aber die hellweisse Färbung der Partien betrifft, so bedenten sie nur eine „verbläute Addition“ von Fäulnis! — Das Haus war gut besucht. Wir wollen zum Schluß nicht unerwähnt lassen, daß der „Basilis“ des Herrn Buffard wieder der einzige war, der eigentlich in dieser feintönigen Oper wirklich feintönig wirkte.

Abg. Jäger (Centr.) tritt den Ausführungen des Abgeordneten Siemens entgegen, bleibt aber auf der Journalistentribüne fast gänzlich unverständlich.
Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr (Fortsetzung der Verhandlung des Etats des Reichsamts des Innern.)

Deutschland.

Berlin, 26. Januar.

Hollschuß für landwirthschaftliche Erzeugnisse. Der angekündigte Antrag des Centrums und der Konservativen ist nunmehr im preussischen Abgeordnetenhause eingebracht worden; der Antrag auf Erhöhung der landwirthschaftlichen Zölle und beschleunigte Vorlegung des neuen Zolltarifs — genauer gesagt der Antrag, die preussische Staatsregierung möge in diesem Sinne innerhalb der verbündeten Regierungen thätig sein. Es ist außer Zweifel, dem preussischen Landtage das Recht freit zu machen zu wollen, in dieser Sache mitzureden, wie einige freihändlerische Blätter den schwachen Versuch machen. Im Gegentheil kann man es nur ganz selbstverständlich finden, wenn die Parlamente der einzelnen Bundesstaaten ihren ganzen Einfluß aufbieten, um die Zollaktion so sehr wie nur irgend möglich zu beschleunigen; man mühte es beinahe als eine Pflichterfüllung kennzeichnen, wenn das nicht so geschehen sollte. Es verdient öffentlich festgestellt zu werden, daß die national-liberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenhause es ausdrücklich abgelehnt hat, den Antrag ebenfalls zu unterstützen. Zum Aufhabe gerichtet ist das nicht. Wäre es die national-liberale Fraktion des Reichstages gewesen, würde der Beschluß vermuthlich anders ausgefallen sein. Wo die Herren Dr. Sattler und von Geyern den Ton angeben, treibt das Manchesterthum noch immer unabhingige Blüthen.

Das Oberpräsidium für Berlin. Der angekündigte Gesetzentwurf über ein besonderes Oberpräsidium für Berlin soll demnächst an den preussischen Landtag gelangen. Nach einer Antündigung in einem halbamtlichen Organ handelt es sich dabei nicht um die Bildung einer „Provinz Berlin“, sondern lediglich darum, den jetzigen Polizeibezirk Großberlin in einen Landesverwaltungsbezirk umzuwandeln, an dessen Spitze ein besonderer Oberpräsident steht, der zugleich die Funktionen des Regierungspräsidenten wahrzunehmen wird. Von einer Aenderung der kommunalen Gestaltung soll keine Rede sein.

Der dänische Besitz in Westindien wird nunmehr doch bald, allen vorangegangenen Abmachungen zum Trost, an die Vereinigten Staaten von Amerika durch Verkauf übergehen. Im dänischen Parlament hat am letzten Donnerstag der Berichterstatter der Finanzkommission, Abg. Christoffer Hage, mitgeteilt, daß die Mehrheit dieser Kommission ihre Genehmigung erteilt hat, die dänischen Antheile an die nordamerikanischen Lanten zu verkaufen, vorausgesetzt, daß gute Verkaufsbedingungen zu erlangen sind. Sonderbarer Weise hat Herr Hage in der öffentlichen Sitzung des Reichstages gleichwohl hinzugefügt, daß der Besitz dieser Inseln mit großen Kosten für die dänische Staatskasse verknüpft sei — das ist gerade keine Empfehlung für ein Ding, das man gern verkaufen möchte!

Die Mittelbeurtheilung Kreditbank ist durch betrügerische Handlungen der beiden Vorreiber der Wechselstube in der Taunusstraße um 180,000 bis 200,000 Mark geschädigt worden. Die Verwaltung der genannten Bank theilt mit, daß dieses Vorkommniß eine Aenderung der auf 6 pCt. geschätzten Dividende wahrscheinlich nicht herbeiführen werde.

Donaubrunn, 26. Jan. Eine von Vertretern aller hiesigen katholischen Vereine besuchte Versammlung erklärte sich für die Abhaltung der Generalversammlung der deutschen Katholiken in dieser Stadt und wählte zu diesem Zweck ein Komitee.

Aus Bayern, 26. Jan. Im „Deutschen Vbl.“ ist zu lesen: Ein Gantag der Socialdemokraten Südbayerns, der in diesen Tagen in München stattfand, verdient deshalb besondere Beachtung, weil sein Verlauf eine hübsche Folie zu der jüngsten Reichstagsrede des Herrn v. Bollmar bildet. Auf dem Gantage wurde nämlich über große Freiheit in der Agitation gellagt.

Die Einen schoben die Schuld den „Parasiten“ der Partei zu, die sich nicht häufig genug sehen ließen. „Genosse“ Leitner-Landsbut vertieg sich zu dem Ausspruch: Herr v. Bollmar sei nicht nur der „Apostel der Arbeiter“, sondern auch der — „Gott der Bauern“, während „Genosse“ Braun-Dehnbach meinte, Bollmar finde zwar immer großen Beifall, aber die Bauern wählten hinterher doch „Schwarz“. Im Reichstag hat Bollmar am 22. Januar, um das Centrum zu ärgern, an einen angeblichen Ausspruch in Bayern (wann und wo?) erinnert, „das Centrum sei das irdische Werkzeug Gottes“. Bollmar hätte diesen „Schlager“ wohl für sich behalten, wenn er gewußt hätte, daß man am Tage vorher in München ihn zum „Gott der Bauern“ ernannte. Bollmar hat jetzt die Wahl: entweder „Bauerngott“ (Genosse Leitner) oder „Bauernfänger“ (Genosse Weibel in Frankfurt). Der Parteistand von Friedrich-Rüdenberg, wo auch die Südbayern einige Siege bekamen, wurde todgeschwiegen. Das wäre ein passendes Thema für die nächste Reichstagsrede des Herrn v. Bollmar, der sich dann mit seinem Abdesgenossen Abg. Frhr. v. Haller über Programmspezifität gründlich auseinandersetzen kann.

Ausland.

C. A. S. Wien, 26. Jan. (Socialdemokratische Wahlen.) Socialdemokratische Wähler schreiben über die Stichwahl in Wien:

Die Wiener Christlich-Socialen ließen sich's Neuenstimmern kosten, um den zweiten Wahlgang in der Stichwahl nochmals zu gewinnen, der Erbsitz von Wien, Herr Dr. Gruber, hat zu diesem Zweck allein 5000 Gulden gewidmet, im Ganzen wurden für die Stichwahl 30,000 Gulden auszuwerfen. Wichtig muß die Entscheidung bei den Arbeitern ausfallen, wenn sie sehen, wie Weibsch und ihr Kreis sich auf die Seite der Ausbeuter und Soltschneider stellen.

Die „Frl. Ztg.“ schreibt sogar von 120,000 Kronen (= 60,000 Gulden) Wahlkosten, zu welcher ansehnlichen Summe die Kirche den stärksten Beitrag geleistet haben soll! Die „Frl. Ztg.“ gibt also schon die doppelte Summe gegenüber der „Schwab. Tag.“ an. Zeitgegenüber wird in der Wiener „Reichspost“ dem Organ der Christlich-Socialen, freigelegt, daß die gesammte christlich-socialen Agitation, Drucksachen, Versammlungen z. mit 3000 Gulden betritten wurde und daß der Herr Kardinal gar keinen Beitrag zu derselben geleistet hat! Bürgermeister Dr. Zuger bestätigte diese Angaben in einer öffentlichen Redeversammlung. Genanntes Blatt kann noch mittheilen, daß die Socialdemokratie am Tage der Stichwahl mindestens 2500 Agitatoren beschaffte.

Paris, 26. Jan. Bei der gestrigen Verhandlung des ersten Artikels des Vereinigtes brachte Abg. Gayraud in der Deputiertenkammer ein Gegenprojekt ein, das fünf Artikel umfaßt, und im Wesentlichen die Vereinsfreiheit zugestimmt für alle anderen als Geschäftszwecke vertheilende Associationen. In der Begründung seines Gegenentwurfs führt Gayraud aus, daß mit dem Regierungsgebot die Kongregationen, die man treffen wolle, nicht immer erreicht würden. Es gäbe Kongregationen mit geheimen Gesellen und ohne äußere Kennzeichen. Darum sei es überflüssig, die Kongregationen im Allgemeinen zu treffen. Ein Paragraph, wonach die Regierung jederzeit Vereine gegen die öffentliche Wohlfahrt und gute Sitten auflösen könne, genüge vollständig. Die Gesetze zu verbieten, sei überhaupt unmöglich, weil man nicht wisse, was die Einnahme nach kurzen Verfügungen des Verfertigerstatters der Kommission auf Montag verlag.

Paris, 26. Jan. Aus Lyon wird gemeldet, daß der Chef der Sicherheitsabtheilung der dortigen Prefektur Karl Meier plötzlich abgesetzt worden sei, weil festgesetzt wurde, daß er in nationalpolitischen Blättern einen Kampf gegen die Regierung geführt und im Bureau der Prefektur Phonographen aufgestellt hatte, um seine Vorgesetzten auszuspionieren.

Rom, 26. Jan. Die Enchiridion über die historische Demokratie ist heute erschienen. Ihr Begründer ist: Graves de communie economica disceptat ones. Ihr Umfang beträgt 20 Seiten.

Brüssel, 26. Jan. Unter dem sehr zutreffenden Titel „Ein Skandal in Belgien“ erörtert die „Köln.

— Giuseppe Verdi starb in Mailand gestern früh 2 1/2 Uhr, 87 1/2 Jahre alt, in der Agonie, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Sein Tod hat ganz Mailand in Trauer versetzt; alle Vergnügungsorte, Läden, sowie die Schulen sind geschlossen. Nings um das Hotel Milan, wo Verdi starb, bewegt sich eine dicke Menschenmenge. Fast kein Haus der Stadt ist ohne Trauerfahnen. Die Stadtverwaltung veranfaßte eine Kundgebung, welche die Verdienste Verdis rühmend hervorhob.

Das Debut der Advokatin in Paris. Am letzten Montag hat Fräulein Chauvin zum ersten Male vor dem Justizpolizeigerichte des Seine-Departements plaidirt. Die selbstverständliche Aufregung des ersten Maldeyers war sichtlich bemerkt; man merkte sie nur an einer gewissen Trockenheit des Sannens und an der Kürze der Darlegungen. In einige Verwirrung geriet Fräulein Chauvin, als sie ein Gesetz citiren wollte und den Band nicht finden konnte; Maître Nouisset, der neben ihr saß, half galant aus der Berlegenheit. Da übrigens Fräulein Chauvin seit Jahren Kurie und Konferenzen hält, wird sie das bisherige Kampferbe bald überwinden haben. Ihr erstes Debut jog begreiflicherweise die Aufmerksamkeit der Kollegen auf sich, welche sich in großer Zahl zur Verhandlung einfanden. Es war eben eine komplette Premiere. Wenn, so meint der Pariser „Figaro“, Fräulein Chauvin einmal ganze Dazat haben wird, dann wird man sich an ihre Anwesenheit auf der Advokatenbank vielleicht schon ein bißchen gewöhnen haben. Ob sich Fräulein Chauvin wohl danach sehen mag?

Ein Nachklang von der von Dyd-Ausstellung. Zum 200jährigen Geburtstage Anton van Dyck, der bekanntlich voriges Jahr in Antwerpen mit großem Gepränge gefeiert wurde, war auch eine Ausstellung der Meisterwerke des großen flämischen Meisters veranstaltet worden, welche in seltener Vollständigkeit einen Lebensbild über sein Schaffen bot. Im Anschluß hieran ist jetzt unter dem Protektorate des Ausstellungs-Komitees eine wahrhaft monumentale Publikation: 50 Meisterwerke von A. van Dyck bei Brechtrop und Sätel in Leipzig erschienen; 50 der bedeutendsten Gemälde des Meisters sind hier in musterhaften Hologravuren mit Text des ersten Kenners flämischer Kunst, Max Moos, dargeboten. Der Preis des vornehmen, künstlerisch in Pergament gebundenen Werkes beträgt 75 Mark. Da es bisher an einer solchen Publikation der Meisterwerke von Dyck's fehlte, so hat die Antwerpener Ausstellung nach dieser Richtung noch nachträglich einen besonders erfreulichen positiven Erfolg gezeitigt.

Wollsch. die behauerte werthe Thatsache, daß der belgische Ministerpräsident de Smet de Naeyer die Forts erhaltung von zwei Spielhöhlen in Schuß nahm und in höchst bedenklicher Weise zu vertheilte suchte. Der Socialistenführer Vandewilde fragte ihn in Form eines Zwischenrufes: „Wenn zu lieb reden Sie denn eigentlich so?“ und rief ihm dann zu:

„Ihr ganzes Verhalten in der Spielfrage ist eine Gefährdung gegen den König.“
Das scheint auch thatsächlich der Fall zu sein.
Konstantinopel, 25. Jan. Heute früh ist die besondere deutsche Mission, die an der Feierlichkeit der Enthüllung des von dem deutschen Kaiser gestifteten Brunnen auf dem Almedanplatz theilnehmen soll, hier eingetroffen. Auch die Offiziere des Schulstiftes „Molite“ sind heute hier angekommen, um an der Feierlichkeit, die am Sonntag stattfindet, theilzunehmen.

Washington, 26. Jan. Der demokratische Senator Towne hat einen Gesetzentwurf eingebracht, worin er die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten auf den Philippinen und die absolute Anerkennung der Unabhängigkeit der Insel verlangt. Es seien nur die erforderlichen Garantien für den Schutz der amerikanischen Interessen zu fordern.

Die „Hektoliterwuth“ und ihre Bekämpfung.

Die „Hektoliterwuth“ ist keine allgemeine Krankheit, sie sucht nur die modernen Großbrauereien heim, die weit über den Bedarf produzieren und daher auf alle Weise sich bemühen, ihre „Bräu“ an den Mann zu bringen. Darum suchen sie die einzelnen Wirtschaftler in einem bestimmten Umkreis an sich zu fetten oder ganz zu laufen. Sobald ein solches Gashaus gegenwärtig zum Kaufe kommt, beginnt ein Zagen einzelner Großbrauereien untereinander, eine überbietet die andere, bis schließlich eine mit einem unverhältnismäßig hohen Kapital sich den Erwerb sichert. Doch damit nicht genug. Man sucht sich Monopolstellung auf jeden Fall zu sichern.

Der beliebteste Weg, heißt es in einer öffentlichen Kundgebung der Prager Bürgerlichen Schänkegenossenschaft 1898, ist der, daß man den Inhaber eines gut situirten und von Durstigen stark besuchten Gashauses zuerst zum Verzicht an dem Unternehmern zu veranlassen sucht, oder noch häufiger, indem man ihn alle möglichen Vortheile und Benefizien verspricht; und wenn sich der Gashaus nicht nachgiebig genug zeigt, wird ihm der Revolver auf die Brust gesetzt, indem man ihm entweder mit der Errichtung eines Konkurrenz-Gashauses in der nächsten Nachbarschaft droht, oder noch häufiger, indem man dem Besitzer dieses oder jenes Hauses für die Vermietung der Gashauslokaltäten einen höheren und selbst doppelten Zins anbietet.

Natürlich muß man ja dann wieder zu seinem Gebilde kommen. Und so wird das Wirtschaftshaus thatsächlich zum „Spekulantenhause“, wie es Bode in einem Aufsatze in der „Zukunft“ nennt. „Der Mann, der den Wirth spielt, ist nur ein Schachspieler, ein Ritter vom Pappenhelm, dem ein Brauen von Pappiermachs vorgelegt wird; ein wirklicher Wirth ist gar nicht da, der Direktor und der Regisseur des Theaters lassen uns nur etwas vorkommen. Der Wirthschaftler oder der Wirthschaftler ober sonst ein Spekulant macht ein Haus zu einem „Wirtschaftshaus“, wie man eine Bühne zum Theater macht; sie legen da einen Kerl hinein, der sich „Wirth“ nennen muß, und dann wird das geübte Publikum eingeladen, sein Geld zu bringen. (ebenda Nr. 46, 1900.) Nur zu häufig ist es dem Fall, daß der Richter oder Jäppler in kurzen seine wenigen Erpantnisse verliert, das er vielleicht in einem früheren Beruf als Handwerker oder Kleinrentner erworben. Da im Gesolge ist aber, was noch viel schlimmer, der sittliche Mann vieler solcher Wirths. Mit allen möglichen, wenn's geht, auch unmoralischen Mitteln, suchen sie trotz ihrer Lebensschuldung sich zu halten und trotz ihrer Lebensfähigkeit weiter aus den Tausen ihrer Willenshosen zu leben. So fristen die Wirthschaftler ihr Leben, und auch jene Wirths, die fortwährend feste z. arrangiren, auf die namentlich der Arbeiterstand hereinfällt; denn solche Arrangements werden gewöhnlich auf die Kostgänger verlegt.

Andere Mitteln, mit denen manche der sogenannten Wirths ihre Pflichten als Brauerflaven zu erfüllen suchen, haben einen komischen Anstrich. So verkauft ein Gashaus Wirth Bierarten, die wie Eisenbahnkarten aussehen und für je ein Glas Bier gegeben werden. Der innerhalb eines Jahres die ersten 2000 solcher Karten abliest, erhält als Prämie ein neues Fahrrad, der zweite eine goldene Herrenuhr, der dritte einen schwarzen Rodanag nach Maß.“ Ein Wirth in Hamm. Wälden sagt eine Bierdrain von 500 Mark aus nebl „Diplom.“ Je nach Wunsch des Empfängers wird sein Name verhojogen oder mit rühmenden Worten der Offentlichkeit preisgegeben werden. Am häufigsten ausgiebt ist dies Plünderungssystem dieser Verkommenen „Wirths“ gegen ihre Verehrten und gegen die Handwerker, denen sie die und da eine Arbeit zuwenden. Das „Kunden-trinken“ (wollen wir es mit einem etwas menschenwürdigeren Ausdruck nennen) ist ja ganz sprichwörtlich geworden und kostet schwer auf den theilnehmenden Wirthschaft. Bierabgab, Gewinn der Spekulant kommt allein in Betracht, möge darüber auch alles andere zu Grunde gehen, — so kalkulirt die „Hektoliterwuth.“

Moralische Schlechtigkeit und nicht zum Mindesten auch Beschranktheit, um nicht zu sagen: Dummheit weiler Kreise erweisen sich als verwerbende Vermögen der pfiffigen Spekulant.

Schon Jahrzehnte demüthigt man sich in Deutschland, das Volk politisch und social zu heben. Man sucht das Erwerbsleben zu verbessern und die Lebenshaltung zu erhöhen. Doch was nützt das alles, wenn am Volkstörper gleichsam wie Blutzegel hunderte und tausende von Kneipen damit beschäftigt sind, den Wohl der Arbeiter anzufangen und sie wirtschaftlich und sittlich zu ruiniren! Ja man vergißt oft: damit daß die Leute Geld haben, ist allein noch nicht gefolgt; die richtige Verwendung desselben muß dazu kommen, eine falsche Verwendung oder nach Kräften bekämpft werden.

Inwiefern ist der Kampf gegen jene Art von Spekulantenthum, das durch die sog. Wirthschaftler weite Kreise unseres Volkes langsam zu Grunde richtet, ein wichtiger Theil wahrer sozialer Thätigkeit und muß mit allen gesetzlichen Mitteln durchgeführt werden, bevor es zu spät ist.

Aber was ist da zu machen? Nach deutscher Gewohnheit, die in allen solchen Fällen zuerst geortant nach dem Staate umblidt, od nicht er durch ein Gesetz gleich Abhilfe schaffen kann, also dieser alten Gewohnheit getreu sagen wir natürlich, da muß zunächst die Gesetz

